



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 6. 3. 2008.

Bei Anerkennung der Tagesordnung wurde auf Antrag der FDP die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages zu einer Straßenbenennung im Stadtbezirk 7 beschlossen.

■ Aktuelle Anfragen

Eine aktuelle Anfrage der SPD beschäftigte sich mit dem Antrag einer privaten Veranstalterin auf Ausrichtung des Hafenfestes. Die Verwaltung erklärte, dass am 7.3. ein Abstimmungsgespräch zwischen der Veranstalterin und den betroffenen Dienststellen stattfindet. Erst dann kann eine Entscheidung getroffen werden, ob und in welchem Rahmen das Hafenfest stattfinden kann. Grundsätzlich müssen sich Veranstaltungen hinsichtlich der Größe, Beanspruchung von öffentlichem Raum und Verkehrsregelungen in die jetzigen und künftigen Baumaßnahmen im Hafengebiet harmonisch einfügen.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 nach der Fällung der als „Friedensbaum“ bekannten Säulenkirsche auf der Tuchtinsel teilte die Verwaltung mit, dass in diesem Bereich die Baugrube für den U—Bahnhof Schadowstraße liegt und die Fällung durch den rechtsgültigen Planfeststellungsbeschluss abgedeckt ist. In den Akten gab es keinen Hinweis auf die Bedeutung dieses Baumes, dessen Verpflanzung sehr aufwändig gewesen und mit geringer Lebenschance verbunden wäre. Die Verwaltung bot an, gemeinsam mit der Initiative „Mütter für den Frieden“ einen neuen Standort zu suchen und einen Baum zu pflanzen.

Aufgrund einer Anfrage der linken Liste zur Realisierung der vorgesehenen Wohnbebauung auf dem „Oronto-Gelände“ teilte die Verwaltung mit, dass die bisherigen vertraglichen Vereinbarungen aufgrund der Insolvenz des Eigentümers und der erfolgten Zwangsversteigerung unwirksam wurden. Mit dem jetzigen Investor werden Gespräche geführt mit dem Ziel, qualitätsvolle Bebauung auch an der Erkrather Straße zu erreichen. Sollte dort Einzelhandel realisiert werden, muss zum Schutz der Wohnbebauung Kiefernstraße eine Lärmschutzwand errichtet werden.

Eine Anfrage der linken Liste zur Nicht-Erfassung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik teilte die Verwaltung mit, dass ihr keine Erkenntnisse über rechtsextremistisch motivierte Straftaten vorliegen und nicht bekannt ist, wie viele Anzeigen durch Mitarbeiter städtischer Behörden gestellt wurden.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der SPD zur möglichen Beteiligung am Konvent der Bürgermeister teilte die Verwaltung mit, dass im Rahmen des Klimaschutzprogramms vorgesehen ist, dem Klimabündnis e.V von 1990 beizutreten. Die Ziele der hier zusammengeschlossenen 1450 Gemeinden aus 17 Ländern gehen über die des Konvents hinaus. Das Klimabündnis ermöglicht Erfahrungsaustausch, Monitoring der Ziele und interkommunale Vergleiche.

Aufgrund einer Anfrage der CDU Fraktion zur Rückerstattung von Solidarbeiträgen zum Aufbau Ost erläuterte die Verwaltung, dass das Land aufgrund des OVG-Urteils 450 Mio an die Kommunen erstatten wird. Hierzu war zunächst vorgesehen, dass für 2006 insg. 280 Mio und für 2007 220 Mio geleistet werden. Dabei sollte der Großteil der klagenden Gemeinden keine Rückzahlungen erhalten. (Düsseldorf hatte 2006 67 Mio, davon 35 Mio zuviel und 2007 83 Mio bezahlt und wird 2008 rd. 67 zahlen, wobei für 2007 und 2008 gleichhohe Rückzahlungsansprüche erwartet werden.) Auch bei Abrechnung nach Modalitäten durch einen von CDU/FDP eingereichten Änderungsantrag im Land wird die Stadt Düsseldorf nur 2,043 Mio für die Jahre 2006-08 erhalten. Sollte an diesem Maßstab festgehalten werden, wird Düsseldorf gemeinsam mit weiteren Kommunen klagen. Insgesamt hat Düsseldorf bisher 587 Mio Euro an Solidarbeiträgen geleistet.

Aufgrund einer Anfrage der linken Liste zum Schloss Eller teilte die Verwaltung mit, dass zur Zeit die IDR (Industrieterrein Düsseldorf) Bestand und Wirtschaftlichkeit prüft mit dem Ziel eine Planung zu erstellen, die als Bauvoranfrage eingereicht und dann der BV 8 zur Entscheidung vorgelegt wird. Beschlüsse wurden bisher nicht in den Gremien der IDR gefasst.

Aufgrund einer Anfrage der linken Liste zu den Auswirkungen der WestLB-Krise auf die Finanzen der Stadt teilte die Verwaltung mit, dass die Stadtparkasse zur Zahlung der Umlage im Jahresabschluss 2007 eine Rückstellung in Höhe von 30,8 Mio Euro gebildet hat. Dies führt zu einer Senkung der Gewerbesteuerzahlung um rd. 6,85 Mio Euro. Würde der auf den Landschaftsverband Rheinland entfallende Teil von 120 Mio Euro durch eine Umlage bei den Kommunen finanziert, beläufte sich der städtische Anteil auf 11,5 Mio Euro. Sofern die Finanzierung über Kredite erfolgt, führt die Umlageerhöhung zu einem Anteil der Stadt von 1,8 Mio Euro. Weiterhin führte die Verwaltung aus, dass sie nicht grundsätzlich gegen eine Reform des Sparkassengesetzes ist, für verbesserungswürdig allerdings die Bereiche Ausschüttung an die Träger, Kontrollmechanismen des Verwaltungsrates und Einflussnahme der Verbände auf die West LB hält. Auch würde sie die Bildung von Stammkapital für positiv halten und befürworten, wenn die Prüfung der Jahresabschlüsse auch durch unabhängige Prüfer (statt Verbandsprüfer) erfolgen würde.

Aufgrund einer Anfrage der linken Liste zur CO-Pipeline teilte die Verwaltung mit, dass nachdem das OVG vorläufig den Betrieb der CO-Pipeline untersagt hat, auf das Urteil in der Hauptsache (Besitzeinweisung) gewartet wird. Dieses Verfahren wird beim Verwaltungsgericht Düsseldorf geführt; gegen das Urteil kann ggf. beim OVG weiter geklagt werden.

■ Anträge der Fraktionen

BÜ 90 beantragte, die Verwaltung zu beauftragen, dahingehend zu wirken, dass zum 1.1.2009 eine Umweltzone in dem Umfang, wie ihn die Bezirksregierung vorgeschlagen hat, eingerichtet wird, und Vorschläge zu unterbreiten, in welchem Umfang die Umweltzone erweitert werden muss, um alle Straßen zu erfassen, in denen die Grenzwerte überschritten ist. Dieser Antrag wurde von CDU, FDP und Düsseldorf Bündnis abgelehnt (Enthaltung Lemmer). Daraufhin konnte über den Änderungsantrag von CDU und FDP, eine Umweltzone nur einzuführen, wenn vor der Entscheidung die tatsächlichen Wirkungen und Folgen ermittelt werden, Ausnahme- und Übergangsregelungen bundesweit, aber zumindest landesweit einheitlich gelten und zur Vermeidung von Standortnachteilen die Einführung gleichzeitig in den Nachbarstädten erfolgt, nicht mehr abgestimmt werden.

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag von BÜ 90 die Verwaltung, bis Mitte des Jahres ein Verfahren zur fundierten Beurteilung des Ausmaßes jugendlichen Risikoverhaltens in Bezug auf Alkoholkonsum aufzuzeigen, um darauf aufbauend wirksame Präventionsangebote entwickeln zu können. Dabei sind Daten und Erkenntnisse der Krankenhäuser und Rettungsdienste, der Beratungs- und Therapieeinrichtungen sowie von Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und aus der Streetwork mit einzubeziehen.

Mit der Bemerkung „Völlig verfehlt und unverschämt“ wollte zunächst die CDU einen Antrag der SPD für bessere Bedingungen für Bürgerentscheide ablehnen. Sie wollte die Verwaltung auffordern dafür Sorge zu tragen, dass auf der städtischen Internetseite bereits auf der Startseite an prominenter Stelle ein Hinweis auf den Bürgerentscheid platziert wird. Außerdem sollte wie bei Bürgerentscheid zum Verkauf der Stadtwerke eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse in den statistischen Informationen für alle Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Nachdem zunächst Herr Beigeordneter Leonhard bei künftigen Entscheiden eine bessere Platzierung im Internet und dann Herr Oberbürgermeister zusagte, die Abstimmungsergebnisse des letzten Bürgerentscheides zur Verfügung zustellen, stimmten bis auf Herrn Reichert alle zu. Abgelehnt wurden von CDU, FDP Reichert und Lemmer, dass Wahllokale so eingerichtet werden, dass sie von mobilitätsbehinderten Menschen in zumutbarer Entfernung erreicht werden.

Bei einem Antrag der SPD ging es um die Unterstützung für Kleingartenvereine. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, den Kleingärtnern auf Antrag die Aufwendungen für Kanalanschlussarbeiten im Wege eines zinsgünstigen Darlehens vorzufinanzieren und die Einziehung der Grundsteuer B für Kleingartenlauben bis zur abschließenden rechtlichen Klärung aussetzen. Herr Stadtdirektor Rattenhuber wies darauf hin, dass die Bewertung der Gartenhäuser, die größer als 24 qm sind, durch die Finanzämter erfolgte. Diese entscheiden auch, ob die Vollziehung der Steuerbescheide, die die Stadt aufgrund der festgestellten Werte durchführt, ausgesetzt werden kann. Deshalb wurde empfohlen, Klageverfahren einzuleiten. Daraufhin zog die SPD diesen Teil des Antrags zurück. Der erste Teil wurde einstimmig in eine kleine Kommission „Kleingärten“ des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen verwiesen.

Der Antrag der SPD, während der Fußball-Europameisterschaft im Altstadtbereich eine Fan-Meile mit Großbildleinwand zu initiieren, wurde von CDU, FDP und Ratsherrn Reichert abgelehnt („die CDU möchte das nicht“). Die Verwaltung teilte

mit, dass die Polizei eine Nichtgenehmigung von Großbildleinwänden in der Altstadt begrüßen würde. Außerdem wurde ein Schreiben des Deutschen Hotel und Gaststättenverbandes zitiert, der dies ebenfalls ablehnt, weil Gaststätten in der Altstadt und am Rheinufer Großfernseher aufstellen werden.

Auf Antrag der FDP folgte der Rat gegen CDU, Lemmer und Reichert dem Beschluss der Bezirksvertretung 7, benannte die Stichstraße im Bebauungsplangebiet „Von-Gahlen-Straße“ in „Marie-Curie-Straße“ und beauftragte die Verwaltung, unverzüglich eine entsprechende Straßenbeschilderung vorzunehmen, da in Kürze die ersten Häuser bezugsfertig sind. Die CDU wollte die Straße nach Karl-Prätorius-Straße benennen.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte einstimmig bei Enthaltung der linken Liste das Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheides „Rettet den Golzheimer Friedhof“ fest. Bei 457.507 abstimmungsberechtigten Personen entfielen von den 67.104 gültigen Stimmen 56.559 auf ja und 10.545 auf nein. Das nach der Gemeindeordnung erforderliche Quorum von 91.501 Ja-Stimmen wurde nicht erreicht.

Der Rat stellte einstimmig den Jahresabschluss 2006 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste fest und beschloss, in Höhe des Jahresfehlbetrages von rd. 0,85 Mio Euro einen außerplanmäßigen Zuschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Rat nahm ein Maßnahmenprogramm Klimaschutz „Die Schöpfung bewahren“ zur Kenntnis. Die Stadt will die CO²-Emissionen in den nächsten 5 Jahren um 10 Prozent senken und damit die Ziele des weltweiten Städtenetzwerkes Klimabündnis erreichen. Im engeren Verantwortungsbereich will die Stadtverwaltung sogar 20 Prozent einsparen. Zu den Maßnahmen gehören ein Energiecontrolling im Gebäudebestand, Sanierungen kommunaler Gebäude, eine Unterschreitung der Energieeinsparverordnung bei Neubauten um mind. 30 Prozent, Photovoltaik auf städtischen Dächern, ein energieoptimiertes Beschaffungswesen, die Umrüstung von 10.000 Gasleuchten auf Strom, der Ausbau des Fernwärmenetzes in der Innenstadt und von Blockheizkraftwerken im Außenbereich, die Anschaffung von Hybridbussen durch die Rheinbahn und der Ausbau der Erdwärmenutzung durch verstärkte Beratung. Unter Bezugnahme auf das Maßnahmenprogramm beantragte BÜ 90, die Stadtwerke aufzufordern, auf den Bau eines Kohlekraftwerks zu verzichten. Dieser Antrag wurde von CDU, FDP, 4 FDP, 1 SPD abgelehnt. Die SPD enthielt sich, weil die für eine Entscheidung notwendigen Informationen seitens der Stadtwerke noch nicht vorliegen und ein Parteitag im Mai die Positionen der SPD festlegen soll. Auch die weiteren Anträge von BÜ 90, eine Sanierungsquote von 2 % pro Jahr für alle Gebäude und 3 % für die städtischen Gebäude anzustreben, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung mit Blockheizkraftwerken auszubauen, den Verkehrsentwicklungsplan so anzupassen, dass eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs um 8 % erreicht wird, wurden von CDU, FDP und Bürgerliste abgelehnt wie die Prüfung der Ausweisung von Wind-Vorranggebieten und die Festlegung innovativer Energieversorgungskonzepte im Rahmen der Bauleitplanung. Der Rat beschloss bei gegen linke Liste bei Enthaltung der SPD eine neue Gebührensatzung für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege, die durch das am 1.8.2008 in Kraft tretende Kinderbildungsgesetz (KIBIZ) notwendig ist. Die Elternbeiträge richten sich nun auch nach der vereinbarten Betreuungszeit. Inhaber des Düsseldorfspasses und Bezieher eines

Einkommens von unter 12.271 Euro zahlen keinen Beitrag und ein um 50 % reduziertes Verpflegungsentgelt. Geschwisterkinder sind beitragsfrei. Die Verwaltung rechnet mit Mindereinnahmen in Höhe von jährlich 1,7 Mio Euro und Verpflegungszuschüssen an freie Träger in Höhe von 0,56 Mio Euro. Abgelehnt wurde durch CDU, FDP bei Enthaltung von BÜ 90 und SPD ein Änderungsantrag der linken Liste, keine Beiträge für die Betreuung ab 1.4.2008 mehr zu erheben.

Der Rat beschloss einstimmig Richtlinien für die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum.

Der Rat nahm einen Bericht zur offenen Ganztagschule zur Kenntnis. Am 1.8.2008 werden an 96 Schulen 8.237 Plätze eingerichtet sein. Damit können 46 % aller Schüler und Schülerinnen der Primarstufe Ganztagsgruppen besuchen. Zum Schuljahr 2009/2010 sollen weitere 1.200 Plätze eingerichtet werden.

Der Rat beschloss einstimmig zum 1.8.2008 einen Grundschulverbund der Heinrich-Heine-Schule und der Pestalozzi-Schule. An der katholischen Pestalozzigrundschule werden zur Zeit 4 Klassen unterrichtet, für das nächste Schuljahr wurden bisher nur 12 Kinder angemeldet. Die Verwaltung geht davon aus, dass in den nächsten Jahren an beiden Standorten insgesamt drei Eingangsklassen gebildet werden können.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der linken Liste die Schließung der Kindertageseinrichtung Hördtweg zum 31.7.2008, da die Notunterkunft zu diesem Termin freigemacht wird. Die Kinder erhalten in benachbarten Einrichtungen einen Betreuungsplatz.

■ Personalien

Der Rat bestellte

- die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckbandes „IT-Kooperation Rheinland“. Die SPD ist vertreten durch Markus Raub, Carsten Suhr und Frank Spielmann, Stellvertreter sind Annette Steller, Alfred Syska und Harald Walter
- die stimmberechtigten Abgeordneten zur Mitgliederversammlung des Städtetages NRW. Die SPD wird vertreten durch Burkhard Hintzsche, Rajiv Strauß und Alfred Syska.

Der Rat beschloss einstimmig die Wiederwahl der Schiedsfrau Monika Scholl für den Bezirk Vennhausen und Unterbach.

■ Investitionen

Der Rat beschloss

- den Umbau der Grundschulen Im Dahlacker/Fleher Straße für die Erweiterung der offenen Ganztagschule um vier Gruppen (Kosten 0,96 Mio Euro, davon Landeszuschuss 0,46 Mio) (zwei Enthaltungen SPD);
- an der katholischen Grundschule Einsiedelstraße einen Neubau für drei Ganztagsgruppen, einen Klassenraum und Verwaltungsräume (Kosten 2,1 Mio Euro, davon Landeszuschuss 0,23 Mio) (einstimmig);

- die Erweiterung des Sirenenwarnsystems an 20 Standorten (Rath, Hubbelrath, Gerresheim, Eller) in zwei Bauabschnitten bis Ende 2009, Gesamtkosten 0,57 Mio Euro (einstimmig).
- den Neubau der Feuer- und Rettungswache Nord schlüsselfertig auszuschreiben (einstimmig, 1 Enthaltung SPD).

■ Baurecht

Der Rat beschloss gegen SPD, BÜ 90 und linke Liste (Enthaltung Lemmer)

- den Bebauungsplan Erweiterung ERGO (Fischerstraße). Auf dem 9.000 qm großen Grundstück zwischen Fischerstraße und Golzheimer Friedhof errichtet die ERGO bzw. deren Tochtergesellschaft Victoria ein 7 geschossiges Bürohaus mit 18.000 qm Geschossfläche und einer Höhe von 63 Metern. In den Untergeschossen soll auf 7.000 qm Fläche das Rechenzentrum untergebracht werden, wobei es eine unterirdische Anbindung durch die Sittarder Straße an die Tiefgarage des Victoria-Hauptgebäudes geben wird. Die Einzelbaukörper werden mit einer transparenten Glashalle verbunden, die „Durchblicke von der Fischerstraße in den Park [Golzheimer Friedhof] erlauben.“ Die Flachdächer werden begrünt. 33 Bäume, darunter 30 satzungsgeschützte, müssen gefällt werden. An 8 Bäumen im Randbereich des Friedhofs muss ein Kronenrückschnitt erfolgen. Es werden 30 Bäume neu gepflanzt, davon 16 entlang der Fischerstraße. Zwischen Bürogebäuden und Friedhof werden auf einem 8 m breiten Pflanzstreifen Sträucher und Bäume gepflanzt, um „die starke Sichtbeziehung zu mildern“. Der Abstand zum Friedhof beträgt zwischen 3 und 12 Meter. Eine zusätzliche Verschattung des Friedhofs soll nur in den Morgenstunden erfolgen. In der Tiefgarage mit bis zu 350 Stellplätzen werden zusätzlich 100 Mietplätze für Anwohner eingerichtet. Die erforderlichen Abstandsflächen zum unter Denkmalschutz stehenden Künstlerhaus werden eingehalten. Es soll zu keinen wesentlichen Beeinträchtigungen der Lichtverhältnisse in den Ateliers kommen. In dem baurechtlich eingeschränkten Gewerbegebiet werden Lagerhallen, Tankstellen, Vergnügungsstätten, Anlagen für sportliche Zwecke und Einzelhandel ausgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de